

C•A•PANORAMA

des Centrums für angewandte Politikforschung (C•A•P)

Forschungsgruppe Deutschland
Forschungsgruppe Europa
Forschungsgruppe Jugend und Europa
Forschungsgruppe Zukunftsfragen
Akademie Führung & Kompetenz

Gesundheitstelematik: Healthstyle ersetzt Lifestyle

3. Telemedizin Forum mit Blick auf die Zukunftsgesellschaft

Telemedizin ist sinnvoll, nutzbringend, kann Kosten sparen, die Qualität der Behandlung deutlich steigern und ist zudem ein sehr hilfreiches Instrument für die Vernetzung der Akteure im Gesundheitswesen. Darüber hinaus trifft sie generell auf wachsende Nachfragen nach Gesundheitsprodukten und Gesundheitsdienstleistungen in einer Gesellschaft, in der Wellness und Healthcare immer wichtiger werden. Dieser Trend geht nach dem Hamburger Zukunftsforscher Prof. Peter Wippermann so weit, dass Healthstyle das Konzept des Lifestyle



Telemedizin funktioniert über eine Patientenführung mit einem kontinuierlichen Monitoring der Vitalwerte, regelmäßigen Patientenkontakte und individuellen Informationen zum Krankheitsbild.

ersetzt. In einer hektischen Welt manifestiert sich zunehmend die Sehnsucht nach Wohlbefinden und gesundheitlicher Kontrolle. Dies arbeitete er auf dem Internationalen Telemedizin Forum, welches das Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) unter Leitung seines Direktors Prof. Werner Weidenfeld zusammen mit dem israelischen Gesundheitsdienstleister SHL Telemedicine Ltd. und seinem Tochterunternehmen PHTS zum dritten Mal veranstaltete, deutlich heraus.

Vor diesem Hintergrund machen auch verstärkte Strategien zur Umsetzung von Gesundheitstelematik als Dienstleistung und als gesetzliche Regelversorgung Sinn. Dabei sind die technischen Möglichkeiten und ein entsprechendes Innovationsmilieu, ihr wirtschaftlicher Einsatz sowie die Verfügbarkeit von nachhaltigen Investitionsmöglichkeiten wichtige Voraussetzungen. Insbesondere letzter Punkt, so Prof. Joachim Häcker vom Institute für Corporate Finance, muss angesichts der Finanzmarktkrise im Jahr 2009 und darüber hinaus

Fortsetzung auf Seite 3

I N H A L T

C•A•Prolog

Macht und Faszination der
Technologie 2

C•A•Personalia

Gäste und Gespräche
am C•A•P 4

C•A•Programm

Sommerkurse 5
Strategien gegen
Rechtsextremismus 6
Europa im Zeichen der
Georgien-Krise 7
Die US-Präsidenten-
wahlen 8
Erfolgreiches Web-Projekt
zur Landtagswahl 9
Die Rolle des
Bundespräsidenten 10
Transformation
Thinkers 11
Migration und
Integration 12
Partizipative Evaluation 13

C•A•Publikationen

Neuerscheinungen 14/15

C•A•Postskriptum

Neue Impulse für die EU im
Zeichen der Krise? 16

C•A•Planung 16

Macht und Faszination der Technologie

Märkte, Wissenschaft und Technologie treiben die Welt voran. Stärker als im 20. Jahrhundert, das sehr stark von zwei Weltkriegen und der nachfolgenden Bipolarität des kapitalistischen und sozialistischen Systems überschattet war, wird das 21. Jahrhundert durch die Macht und Faszination der Technologie und ihren weltweit ungebremsten Einsatz geprägt. Technologie ist der Transmissionsriemen zwischen Wissenschaft und Markt. Insofern ist Technologie nach dem Schweizer Wissenschaftler Dieter Ruloff zum Treibsatz sozialen, politischen und wirtschaftlichen Wandels geworden, wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit. Technologie und ihre globale Distribution öffnen aus der Sicht der Forschungsgruppe Zukunftsfragen das Fenster, das uns zeigt, wie Zukunft entsteht.

Diesen Umstand greift das Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) schon seit langem konsequent auf und bricht ihn auf seine sozio-ökonomischen Konsequenzen herunter. Der Kontext hierbei ist: In der Marktwirtschaft treten nicht nur kurze und mittlere Wirtschaftsschwankungen auf, sondern auch lange Zyklen mit einer Periode von 40 bis 60 Jahren. Sie beruhen auf Basisinnovationen, welche die Weltwirtschaft in einen kräftigen Wachstumsprozess führen. Sie gelten als Auslöser ganzer Wirtschaftszyklen, die man als Theorie nach dem russischen Wirtschaftswissenschaftler Nikolai Kondratieff auch Kondratieff-Zyklen nennt. Die Dampfmaschine, die Elektrotechnik, die Chemie, die Informations- und Kommunikationstechnologie sind Beispiele solcher Basisinnovationen, die man bisher in fünf Kondratieff-Zyklen eingeteilt hat. Sie haben das Tempo und die Richtung des Innovationsprozesses über mehrere Jahrzehnte weltweit bestimmt.

Mit bahnbrechenden Entwicklungen und Innovationen in der modernen Medizin steht die Weltwirtschaft nach den oben genannten Basisinnovationen mutmaßlich wieder am Beginn eines neuen Zyklus, dem sechsten Kondratieff. Der Megamarkt wird dabei nach dem Wirtschaftswissenschaftler Leo Nefiodow der Gesundheitssektor sein. Gesundheit wird hierbei ganzheitlich verstanden: körperlich, seelisch, geistig, ökologisch und sozial. Informations- und Biotechnologie werden ebenso wie neue medizintechnologische Innovationen und Verfahren eine herausragende Rolle spielen. Gerade die Informations- und Kommunikationstechnologien sind für die Erschließung und Weiterentwicklung der Gesundheitsmärkte unverzichtbar. Grund genug, sich diesem Sachverhalt angemessen anzunehmen. Dies hat das Centrum mit seinem 3. Internationalen Telemedizin Forum mit Blick auf die faszinierenden Möglichkeiten der Gesundheitstelematik Ende 2008 erneut getan; und sich hier wieder bestätigt

gesehen, frühzeitig und sensibel solche Basisinnovationen hinsichtlich ihrer sozio-ökonomischen wie gesundheitspolitischen Effekte zu beachten. C·A·P panorama setzt mit diesem beachtenswerten Event

und seinen hochinteressanten Befunden hinsichtlich verschiedener Aspekte der Telemedizin einen Schwerpunkt.

Darüber hinaus waren die Wissenschaftler des Hauses 2008 fleißig wie gewohnt. Ob Kaukasus-Krise oder Bayernwahl, Obama-Hype oder Finanzcrash, Rechtsextremismus oder politische Transformation: Das Centrum war jederzeit nah an den Themen der Zeit und bot vertiefende und orientierende Reflexion. Mehr dazu finden Sie auch in diesem neuen Blatt, das Sie zu Beginn des neuen Jahres erreicht. So dürfen wir Ihnen zum Schluss für 2009 alles Gute und viel Erfolg wünschen und hoffen erneut auf eine angenehme und produktive Kooperation mit allen Partnern und Kunden des C·A·P.

Jürgen Turek



Jürgen Turek
stellv. Direktor des C·A·P

„Mit bahnbrechenden Entwicklungen in der Medizin steht die Weltwirtschaft vor einem neuen Zyklus.“

Fortsetzung von Seite 1

sensibel beachtet werden. Das Forum griff strategische Umsetzungsmöglichkeiten für Innovationen der Gesundheitstelematik sowohl unter den Gesichtspunkten einer wachsenden privaten Vorsorge, als auch unter Beachtung kassenpolitischer und gesetzlicher Entwicklungen auf. Für den Einsatz der Telemedizin sprechen in diesem Kontext empirisch erhärtete Daten. Sie belegen die Kosteneffizienz des Instrumentariums bei wachsender medizinischer Bedeutung wie Cordula Gierg, Direktorin der Taunus BKK, darlegte. Weiter wies Prof. Volker Ulrich von der Universität Bayreuth darauf hin, dass die Gesundheit nicht nur ein persönlich wichtiges, sondern auch ein ökonomisch teures Gut sei. Voraussetzung erfolgreicher Innovationen im Gesundheitswesen sei dabei aber nicht nur der technische Fortschritt, sondern insbesondere Vernetzung und Integration. Die „Wette im Return of Investment“ identifizierte Prof. Volker Amelung von der Medizinischen Hochschule Hannover als den wichtigsten Treiber für solche Innovationen im Gesundheitswesen. Insofern sei mehr Wettbewerb dort eher förderlich als problematisch.

Telemedizin ist in Zukunft nicht nur ein unverzichtbarer Bestandteil der integrierten medizinischen Versorgung. Dies zeigte etwa Prof. Hans Höpp, Leiter des Kölner Infarktmodells an der Universität Köln, in seinem Beitrag auf. Sie wird mit immer neuen Anwendungen in der Behandlung von Herz-Kreislaufkrankungen oder von Diabetes zunehmend ein beachtliches Instrument in der flächendeckenden Versorgungskette. Die Staatssekretärin im Bayerischen Umwelt- und Gesundheitsministerium, Melanie Huml, hob dies mit Blick auf den Flächenstaat Bayern besonders hervor. Seit 1995 fördere der Freistaat deshalb über 30 Projekte mit einem Gesamtfördervolumen von über 10 Millionen Euro. Projekte wie TEMPIS oder STENO (telemedizinische Projekte zur integrierten Schlaganfallversorgung in Bayern) seien hier nicht nur wichtig zur flächendeckenden Versorgung, sondern produzierten zusätzlich eine hohe Akzeptanz bei Arzt und Patient. Zusammen mit anderen informationstechnologischen Innovationen biete das Instrument eine gute Möglichkeit zur Optimierung der gesundheitlichen Versorgung.

Voraussetzung dafür ist nach Rolf Stuppardt, Chef vom Bundesverband IKK, die verschiedenen Sektorgrenzen im Gesundheitswesen zu überwinden, über-regional auszustrahlen, die Technik anwenderfreundlich zu gestalten und mehr soziale Kompetenzen zu integrieren. Dabei spiele das „Fünfeck der Versorgung“ – Akzeptanz, Integration, Qualität, Transparenz und Effektivität – eine wichtige orientierende Rolle. Darüber hinaus sind nach Dr. Wolfgang-Axel Dryden, Vorstand der KV Lippe, die Arzt-Patienten-Beziehungen weiterhin von herausragender Bedeutung. Telemedizin ermögliche nicht nur eine Kosten dämpfende und medizinisch optimierende Wirkung; daneben ermögliche ihr Einsatz „Arzt entlastende Strukturen“. Viele Projekte zeigten dabei auf, dass eine hohe Qualität in der Versorgung des Patienten nur durch den Einsatz von Elektronik zu gewährleisten sei. Dies setze dann aber ein Versorgungsmanagement unter Einsatz datenschutzrechtlich relevanter Hardware voraus.

Das 3. Internationale Telemedizin Forum am C·A·P zeigte die immensen Einsatzmöglichkeiten gesundheitstelematischer Innovationen eindrucksvoll auf. Eine intelligente Performance elektronischer Lösungen geht wichtige Probleme des Gesundheitswesens an. Entstehende Probleme wie vorgeschriebene Vertragsgestaltungen der Stakeholder des Systems (so Dr. Klaus Bittmann auf dem Forum), Datenschutz oder Schnittstellenverluste gilt es dabei nicht zu verschweigen. Das kommende Telemedizin Forum wird sich dem 2009 erneut und in bewährter Weise widmen.



Bereits zum dritten Mal lud das C·A·P zum Internationalen Telemedizin Forum ein. Gekommen waren unter anderen die bayerische Staatssekretärin für Umwelt und Gesundheit, Melanie Huml (Bild links) sowie Trend- und Zukunftsforscher Prof. Peter Wippmann (Bild rechts).



Die Veranstalter des Forums: Yarif Alroy (CEO der SHL Telemedicine) sowie Werner Weidenfeld und Jürgen Turek (C·A·P).

Gäste und Gespräche am C·A·P



"Strukturelle Dauerkrise": Nico Lange, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kiew erläuterte am C·A·P die Situation in der Ukraine. (links: C·A·P-Direktor Prof. Dr. Werner Weidenfeld)



"Zukunft des Reformvertrages": Dr. Henning Arp, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in München, sprach am C·A·P über aktuelle Entwicklungen der EU.



"Sicherheit im Nahen Osten" Asaf Ichilevich, First Secretary an der israelischen Botschaft in Berlin, diskutierte am C·A·P auch über das Verhältnis zwischen Israel und EU.



"Geostrategische Rolle der Türkei": Prof. Hüseyin Bağcı von der Middle East Technical University Ankara analysierte die Rolle der Türkei im Mittelmeerraum und im Nahen Osten.

C·A·P intern

Im November 2008 ist C·A·P-Direktor **Prof. Dr. Werner Weidenfeld** erneut in das Kuratorium des Instituts für Europäische Politik Berlin gewählt worden. Darüber hinaus wurde er im November wiedergewählt in das Präsidium der Arbeitskreises Europäische Integration. Der Arbeitskreis ist die interdisziplinär zusammengesetzte berufsständische Vertretung aller Europawissenschaftler in Deutschland. In der Oktober-Ausgabe 2008 des Magazins für politische Kultur Cicero erscheint Weidenfeld im Ranking „Deutschlands wichtigste Vordenker“ in der Spitzengruppe, nämlich an Position Sechs der wichtigsten Gesellschaftswissenschaftler im Lande.

Eva Feldmann-Wojtachnia, langjährige wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Jugend und Europa am C·A·P, wurde als ausgewiesene Expertin für deutsch-polnische Beziehungen und Jugendaustausch im September 2008 als neues Mitglied in den Stiftungsrat der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung berufen.

Auf der Jahreskonferenz der Euro-Mediterranean Studies Commission (EuroMeSCo) vom 15. bis 17. Oktober in der jordanischen Hauptstadt Amman wurde das C·A·P in das EuroMeSCo Netzwerk aufgenommen. Nachdem das C·A·P seit Jahren mit Instituten aus dem EuroMeSCo Netzwerk zusammenarbeitet, wurde das C·A·P damit auch formal Mitglied des größten Verbunds von Think Tanks und anderen Forschungseinrichtungen, die sich mit Fragen der EU-Mittelmeerpolitik und des Mittleren Ostens befassen.

Der Leiter des C·A·P Projekts zum Mittleren Osten, **Michael Bauer**, ist Mitglied des Leitungskomitees des al-Jisr Projekts. Das Forschungsprojekt, das unter dem Titel „EU-GCC Al-Jisr Project for Public Diplomacy and Outreach“ läuft und im Juli 2008 startete, wird seitens des Golf Research Centers (GRC) in Dubai koordiniert und von der EU Kommission kofinanziert. Im Mittelpunkt des Projekts steht die Untersuchung und Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der EU und dem Golfkooperationsrat (Gulf Cooperation Council, GCC). Das C·A·P ist als Kooperationspartner der Bertelsmann Stiftung an der inhaltlichen Arbeit von al-Jisr beteiligt.

Studierende aus aller Welt

Auch im Jahr 2008 war das Centrum für angewandte Politikforschung wieder Gastgeber für Studierende aus aller Welt, die sich im Rahmen von Sommerkursen intensiv mit Europa beschäftigten. Vierzehn Studierende von der Peking University absolvierten im Juli das Programm „Approaching the European Union“ im Rahmen der Munich International Summer University (MISU). Die Leiter des Kurses, Matthias Chardon und Michael Bauer, sowie die anderen Experten der Forschungsgruppe Europa am C·A·P führten grundlegend in die Funktionsweise der EU ein. Auf Basis einer interdisziplinären Herangehensweise analysierten die Teilnehmer die historische Entwicklung sowie ökonomische, soziale und politische Dimensionen der europäischen Einigung. Daneben entwickelten sich immer wieder spannende Diskussionen zur gegenseitigen Wahrnehmung Europas und Chinas.

Den „European Studies Intensive Course“ im August leitete Sarah Seeger, die ebenfalls der Forschungsgruppe Europa angehört. Hier waren dreizehn Studierende aus neun Staaten versammelt. In Vorträgen und Diskussionen, aber auch durch Gespräche mit Politikern und Experten, die sich mit der EU beschäftigen, wurde den Teilnehmern die spezifische Gestalt der EU als Mehrebenensystem nahegebracht. Der Kurs fand ebenfalls im Rahmen der MISU statt, Co-Veranstalter waren zusätzlich die Freie Universität Berlin sowie das EUROPEUM Institut für Europapolitik in Prag.

Für das C·A·P ist es eine besonders wichtige Aufgabe, Studierenden und jungen Nachwuchskräften seine Europa-Expertise auch zukünftig in Form von Sommerkursen und Akademien zu vermitteln. Sein besonderes Augenmerk legt das C·A·P dabei auf die Kooperation mit Universitäten aus Asien und insbesondere China.



Studierende aus aller Welt waren auch in diesem Sommer wieder zu Gast am C·A·P, um ihr Wissen über die EU zu vertiefen.

Deutsch-israelische Begegnung

Unter dem Motto „Mit den Augen des Anderen: Deutschland erleben und verstehen“ veranstaltete der Landtag Rheinland-Pfalz in Kooperation mit „Givat Haviva“ im August 2008 in Mainz eine deutsch-israelische Jugendbegegnung für jüdische und arabische Jugendliche aus Israel und Jugendliche aus Rheinland-Pfalz. Das Programm dieser Veranstaltung wurde in Kooperation mit Susanne Ulrich von der Akademie Führung & Kompetenz entwickelt und durchgeführt. Workshops, Exkursionen, Gesprächsrunden und Freizeitaktivitäten gaben den Jugendlichen die Gelegenheit, sich mit der deutsch-jüdischen Geschichte und anderen Themen auseinanderzusetzen. Interkulturelle Verständigungsarbeit und damit einen Beitrag zur Friedensarbeit zu leisten, ist das Hauptziel von „Givat Haviva“, der größten und ältesten jüdisch-arabischen Verständigungsinitiative. Seit 1949 fördert sie religiösen Pluralismus und versucht zu Demokratie und Toleranz zu erziehen. Das Programm biete vielfältige Möglichkeiten des gegenseitigen Kennenlernens und der interkulturellen Verständigung, sagte Joachim Mertes, Präsident des Landtages, der die Jugendbegegnung initiiert hat. „Freundschaft und Verständigung können nur unmittelbar zwischen Menschen wachsen. Sie sind der Schlüssel für ein friedliches Miteinander und eine friedliche Zukunft.“ Die Jugendlichen selbst erklärten in der Abschlusspressekonferenz: „Wir haben sehr viel über uns selbst und die anderen gelernt in diesen zehn Tagen. Aber vor allem sind wir wie eine große Familie geworden und freuen uns deshalb schon sehr auf den Gegenbesuch der deutschen Gruppe in Israel im kommenden Jahr.“



Auch im Mainzer Landtag nutzten israelische und arabische Jugendliche die Gelegenheit, Deutschland besser kennenzulernen.

Gemeinsame Strategien gegen Rechtsextremismus

von Britta Schellenberg

Ob in Rhetorik oder Brutalität: Die radikale Rechte in Europa verändert sich. Sie wird vielschichtiger, moderner und zum Teil auch aggressiver. Dass sich rechtsextreme Aggressivität heute offensiv und selbstbewusst gegen Vertreter der Demokratie richten kann, hat der Angriff auf den Passauer Polizeidirektor Alois Mannichl jüngst wieder unterstrichen.

Doch auf die veränderte Situation des Rechtsradikalismus wird bislang unzureichend reagiert. Wirksame Strategien gegen Rechtsradikalismus können nicht umhin, sich an einer aktuellen Analyse des Rechtsradikalismus zu orientieren. Ebenso muss an vorhandene gesellschaftliche Gegenwehr angeknüpft werden.

Was die radikale Rechte in Europa heute ausmacht und wie ihr von Seiten des Staates und der Zivilgesellschaft begegnet wird, sind Fragen, die Wissenschaftler und Akteure europäischer Institutionen im Projekt „Strategien gegen Rechtsextremismus in Europa“ beschäftigt haben. In dem von C•A•P und Bertelsmann Stiftung durchgeführten Projekt wurden elf europäische Länder entlang eines Leitfadens analysiert. Mit dem Ziel, Defizite und gute Praxis

bei der Bekämpfung des Rechtsradikalismus zu markieren, wurden die Ebenen der Gesetzgebung/Umsetzung des Rechts, der Politik und der Zivilgesellschaft ausführlich untersucht. Die Länderberichte liegen nun vor. Sie werden im März 2009 im Verlag der Bertelsmann Stiftung veröffentlicht. Eine theoretische Einleitung und Zusammenfassungen der Ergebnisse runden die Publikation ab.

Die Studien belegen, dass Rechtsradikalismus nicht nur in allen der untersuchten Länder verbreitet ist. Sie zeigen auch, dass überall problemorientierte Auseinandersetzungen mit ihm stattfinden. Mit den Länderberichten werden gemeinsame Themen und Entwicklungen des Rechtsradikalismus in Europa sichtbar. Die

Berichte bezeugen aber auch - bezogen auf den Umgang mit Rechtsradikalismus - unterschiedliche Perzeptionen des Themas in Europa (z.B. eine Anti-Rassismus-Perspektive oder die Konzentration auf Neo-Nationalsozialistisches). Sie verdeutlichen gleichzeitig gemeinsame europäische Entwicklungen (z.B. im Anti-Diskriminierungsschutz).

Indem die Länderberichte Defizite und gute Praxis thematisieren, bilden sie eine wichtige Grundlage für die Strategieentwicklung. In der Zusammenschau der aktuellen Lage des Rechtsradikalismus und des gegenwärtigen Umgangs mit ihm kann die Publikation heutigen und zukünftigen Handlungsbedarf markieren.

Die zweite Halbzeit des Projekts beginnt: In der zweiten Phase wird es darum gehen, nicht allein Handlungsbedarf aufzuzeigen, sondern noch deutlicher Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Dafür ist ein verstärkter Austausch mit Akteuren aus der Praxis nötig. Gemeinsam sollen Ergebnisse und Handlungsmöglichkeiten mit politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren diskutiert werden. Im Jahr 2009 werden zwei Konferenzen stattfinden: Die erste richtet sich vor allem an die Politik auf europäischer Ebene. Die zweite Konferenz wird primär die Zivilgesellschaft als strategischen Akteur thematisieren. Sie richtet sich an Akteure in Deutschland.



Was macht die radikale Rechte in Europa aus und wie wird ihr von Seiten des Staates begegnet? Bei einem Expertentreffen zum Thema Rechtsradikalismus wurden diese Fragen intensiv diskutiert.

„Es geht darum, wirksame Strategien zu entwickeln und sie konsequent umzusetzen.“



Die Autorin ist Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Zukunftsfragen.

britta.schellenberg@lrz.uni-muenchen.de

Europäische Politik im Zeichen der Georgien-Krise

von Mirela Isic

Im Sommer 2008 eskalierte der seit dem Zerfall der Sowjetunion währende Konflikt um die abtrünnigen georgischen Provinzen Südossetien und Abchasien. Der Einmarsch der georgischen Truppen in Südossetien rief eine vom Westen sofort als unverhältnismäßig angeprangerte, militärische Reaktion seitens Russlands hervor. Die Sorge um einen neuen Kalten Krieg beherrschte wochenlang die internationale Gemeinschaft, auch weil der regionale Konflikt zu einer Auseinandersetzung über die geopolitischen Interessen der USA, Russlands und der EU im Schwarzmeerraum führte. Während Russland den Kaukasuskonflikt dazu nutzte, seine Stellung als Hegemonialmacht im postsowjetischen Raum zu bestärken und die USA mit ihrer Passivität das Fehlen einer Schwarzmeerstrategie demonstrierten, positionierte sich die Europäische Union als Vermittler zwischen den Fronten und damit als engagierter Akteur in seiner unmittelbaren Nachbarschaft.

Die Tatsache, dass beide Konfliktparteien, Russland und Georgien, den Sechs-Punkte-Friedensplan, der im Rahmen der französischen Ratspräsidentschaft konzipiert wurde, unterzeichnet haben, zeigt, dass die EU durchaus als Konfliktmanager agieren kann. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass über eine strategische Ausrichtung der EU in diesem Raum keine Einigkeit in den eigenen Reihen herrscht. Während sich Polen und die baltischen Länder solidarisch mit Georgien erklärten, hielten Frankreich und Deutschland an einer diplomatischen Lösung unter Einbeziehung Russlands fest. Eine Schlichtung war unter anderen Voraussetzungen schwer vorstellbar. Bislang war das Engagement der EU in der Schwarzmeerregion begrenzt und die russische Einflussosphäre in den Ländern des erweiterten Schwarzmeerraumes enorm. Nach der Kaukasus-Krise muss die EU ihr strategisches Handeln in der Region ausweiten, wenn sie verhindern will, dass zusätzliche „frozen conflicts“ zu „hot spots“ werden, wie dies in der Region Berg-Karabach oder auf der ukrainischen Halbinsel Krim vorstellbar ist. Auch energiepolitisch ist die Region bedeutsam für die EU, die annähernd 18% ihrer Energielieferungen durch die Transitregion des Schwarzmeerraumes bezieht.

Eine nachhaltige Stabilisierung der Region ist nur möglich, wenn die EU ihre Politik gegenüber der östlichen Nachbarschaft einheitlich neu definiert und Russland im Rahmen eines Partnerschaftsabkommens als Kooperationspartner gewinnt. Dazu bedarf es einer Flexibilisierung der europäischen Erweiterungspolitik, indem die EU-Mitgliedschaft weniger von der Grundsatzfrage als von der konkreten Umsetzung demokratischer Reformen abhängig gemacht wird.

Die Konsolidierung der demokratischen Fortschritte und die institutionelle Stabilisierung sind trotz der grundsätzlichen pro-westlichen Einstellung in Ländern wie Georgien und Ukraine unerlässlich. Davon zeugt nicht nur die Georgien-Krise, sondern auch der Zerfall der ukrainischen Regierung. Zum anderen würde die Einbeziehung Russlands in einen Raum kollektiver Sicherheit in der Region für sicherheitspolitische Stabilität sorgen. Es ist daher wichtig für die EU, eine strategische Bedeutung des Schwarzen Meeres für Sicherheit und Stabilität in und für Europa zu generieren und gleichzeitig das Verhältnis zu Moskau in dem Gebiet sich überlappender Nachbarschaftsräume zu ordnen.



Sommer 2008: russische Panzer rücken nach Georgien vor. Der Kaukasuskonflikt eskaliert.

„Die EU muss ihre Politik einheitlich neu definieren und Russland als Partner gewinnen.“



Die Autorin ist Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Europa.

mirela.isic@
lrz.uni-muenchen.de

Der Wunsch nach glaubhaftem Wechsel setzt sich durch

von Thomas Bauer

Was sich in Umfragen wochenlang abzeichnete, wurde durch das Votum der amerikanischen Wähler bestätigt. Barack H. Obama wird der 44. Präsident der Vereinigten Staaten, und damit auch der erste schwarze Amtsinhaber, der sich schwierigen Aufgaben stellen muss. Die globale Finanzkrise, das angeschlagene Image der USA, die Krisen im Irak und in Afghanistan, Energiesicherheit und Klimawandel sind nur einige der Herausforderungen, an deren Bewältigung sich der Erfolg Obamas messen wird müssen. Für eine erfolgreiche neue Politikgestaltung nach innen und außen gilt es auch auf die Kräfte des politischen Gegners zu setzen, selbst wenn die demokratische Mehrheit im Kongress durch die ebenfalls am 4. November erfolgten Wahlen zum Repräsentantenhaus und zum Senat weiter ausgebaut werden konnte. Ohne breiten Rückhalt bei den politischen Eliten und der Bevölkerung sind die von ihm geplanten Zäsuren und Neuerungen kaum umzusetzen.



Ein Wahlkampf, wie ihn Amerika noch nicht erlebt hat: Die vielen Wahlkampfspenden waren ein Faktor des Erfolgs von Barack Obama.

Foto: wikipedia.org

Der Erfolg von Barack Obama beruht auf mehreren Faktoren. Zum einen konnte er mehr Geld für seinen Wahlkampf einwerben als sein Konkurrent John McCain, was den Aufbau eines dichten Netzwerks aus finanziell wie personell gut ausgestatteten Wahlkampfbüros vor Ort ermöglichte. Dies zeigte sich vor allem in den

umkämpften Bundesstaaten wie etwa Ohio, die mehrheitlich an Obama fielen. Die Einwerbung von Kleinspenden in Höhe von 50 US-Dollar sorgten zudem für eine stärkere persönliche Identifikation des Spenders mit dem Programm „change we can believe in“.

Obamas Erfolg beruht auch auf den konzeptionellen und inhaltlichen Schwächen seines Kontrahenten. Diese zeigten sich nicht nur in den drei TV-Debatten, die Obama alle für sich entscheiden konnte. Auch der erhoffte „Sarah-Palin-Überraschungseffekt“ verpuffte dramatisch schnell. Bereits eine Woche vor der Wahl begannen bei den Republikanern interne Auseinandersetzungen über die Frage, warum die Wahl vermutlich verloren gehen

würde. Geschlossenheit bewiesen dagegen die Demokraten. Nach einer hitzigen internen Vorausscheidung zwischen Obama und Hillary Clinton, durch die einige Beobachter die Siegchancen für die Demokraten im Rennen um das Weiße Haus gefährdet sahen, zeigten sie eine überzeugende Mannschaftsleistung. Die Unterstützung durch führende Zeitungen und den ehemaligen US-Außenminister Colin Powell tat ihr übriges, um den Weg für Barack Obama ins Weiße Haus zu ebnen. Umgesetzt wurde dieser Weg jedoch vor allem von den vielen Erstwählern und dem deutlichen Votum der unter 30-Jährigen.

Nun muss sich zeigen, inwiefern sich der von ihm propagierte Politikwechsel auch umsetzen lässt. Viele Vorbehalte gab es bereits während des Wahlkampfes gegenüber den Ideen Obamas, mehr Multilateralismus zu wagen und den Staat stärker in die Wirtschaftspolitik des Landes einzubinden. Die Finanzkrise dürfte zudem die Finanzierbarkeit einiger Reformvorhaben wie etwa der Einführung einer generellen Gesundheitsversorgung infrage stellen. Der Erfolg der zukünftigen US-Außenpolitik wird auch stark von den Europäern abhängen, die sich nun noch aktiver und nachhaltiger an einer Bewältigung der anstehenden Aufgaben beteiligen müssen.

„Nun muss sich zeigen, inwiefern sich der propagierte Politikwechsel umsetzen lässt.“



Der Autor ist Mitarbeiter der Forschungsgruppe Europa.

thomas.bauer@
lrz.uni-muenchen.de

Die künftige US–Außenpolitik

Kurz nach den Präsidentschaftswahlen in den USA war mit Doug Bandow kein Insider der amerikanischen Politik zu Gast am C·A·P. Der Robert A. Taft Fellow der American Conservative Defense Alliance, Vice President of Policy bei Citizen Outreach und ehemaliger Sonderberater der Reagan-Administration ging dabei vor allem auf die Aussichten für eine neue US-Außenpolitik unter dem neuen US-Präsidenten ein. Das Bild, das er in seinem Vortrag zeichnete, relativierte die hohen Erwartungen nicht nur der Amerikaner, sondern auch die der internationalen Partner.

Eines der größten Hindernisse für den von Obama versprochenen Politikwandel stellt dabei das schwierige Erbe dar. Die wirtschaftliche Lage in den USA ist äußerst angespannt. Die hohe Staatsverschuldung beengt den finanziellen Spielraum. Daher sind vor allem Pragmatiker und Realisten gefragt, die sich vornehmlich um die Bewältigung der innenpolitischen und wirtschaftspolitischen Herausforderungen kümmern können. Dieser Ansatz ist auch in der Kabinettsliste erkennbar. Hinsichtlich der internationalen Beziehungen sollte man sich aus Sicht von Doug Bandow daher auch keine großen Initiativen in den nächsten 12 Monaten aus Washington erwarten. Dennoch spielen die Europäer eine besondere Rolle für die Wiederbelebung der transatlantischen Beziehungen. Obama wird einen neuen Ton in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik anschlagen. Für die offenen Gespräche mit dem Iran, aber auch im Rahmen der Bemühungen um eine Wiederbelebung der Friedensgespräche im Nahen Osten benötigt der nächste US-Präsident die Unterstützung der Europäer.

Das Treffen fand unter Vermittlung des US-Generalkonsulats in München statt und setzt damit eine über die Jahre gewachsene Kooperation zwischen beiden Häusern fort.



Doug Bandow, ehemaliger Sonderberater der Reagan-Administration, diskutierte am C·A·P über die künftige US-Außenpolitik unter dem neuen Präsidenten Barack Obama.

Webprojekt zur Landtagswahl findet herausragende Resonanz

Selten war das Interesse der Medien an einer bayerischen Landtagswahl größer als in diesem Jahr. Die Aussicht, die CSU könnte ihren Mythos der „50+X“-Partei verlieren, zog nationale wie internationale Beobachter in den Bann. Rede und Antwort auf die Fragen der Medienvertreter stand auch die Forschungsgruppe Deutschland des C·A·P. Das von der Forschungsgruppe initiierte Webprojekt, das den Wahlkampf mit wissenschaftlichen Analysen begleitete, erfuhr eine herausragende Resonanz. Im Projektzeitraum Juli bis Anfang Oktober 2008 zählte die Seite beinahe 120.000 Zugriffe, wobei die tägliche Zugriffszahl kontinuierlich anstieg und in der Woche vor dem Wahlgang Spitzenwerte von über 6.500 erzielte. Am Wahlabend selbst zählte die Seite mehr als 50.000 Zugriffe.

Die Leiter des Projektes – Dr. Manuela Glaab und Dr. Michael Weigl – wurden von den Medienvertretern intensiv als Experten zum Landtagswahlkampf angefragt. Nachrichtenagenturen, Printmedien, Hörfunkstationen und TV-Sender wollten wissen, wie Wahlkampf und Wahlergebnis zu bewerten waren. Besonders bemerkenswert war dabei auch das Interesse internationaler Medienvertreter und Beobachter an dem Urnengang im Freistaat: So informierten sich am C·A·P zu den Hintergründen der Wahl sowohl Mitglieder des Vereins der Ausländischen Presse in Deutschland e. V. wie auch – auf Einladung des Auswärtigen Amtes und des Goethe-Instituts – Journalisten aus den GUS-Staaten. Außerdem führte die Forschungsgruppe Deutschland Interviews und Hintergrundgespräche mit ausländischen Medienvertretern und Repräsentanten der ausländischen Vertretungsbehörden in Deutschland.

Das Webprojekt im Internet: <http://www.landtagswahl-bayern.lmu.de/cms/>



Dr. Manuela Glaab und Dr. Michael Weigl von der Forschungsgruppe Deutschland am C·A·P arbeiteten mit Studenten der LMU München erfolgreich an dem Webprojekt zur Landtagswahl.

Die Rolle des Bundespräsidenten

Nur wenige Tage, nachdem die SPD verkündet hatte, Gesine Schwan ins Rennen um das höchste Staatsamt Deutschlands zu schicken, trafen sich im Juni 2008 Experten aus Politik und Wissenschaft zur Diskussion in Wildbad Kreuth. „Die Stunde des Präsidenten“ lautete der Titel der Tagung, mit der die Reihe von Kooperationsveranstaltungen der Forschungsgruppe Deutschland des Centrums für angewandte Politikforschung (C•A•P), der Hanns-Seidel-Stiftung und der Forschungsgruppe Regieren der Universität Duisburg-Essen fortgesetzt wurde.

Gleich zum Auftakt thematisierte Prof. Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte (Universität Duisburg-Essen) die tagespolitischen Entwicklungen: Die zeitliche Nähe zur Bundestagswahl mache den aktuellen „Präsidentenpoker“ zum Testgelände für neue Koalitionskonstellationen. Auch verändere sich möglicherweise der Handlungskorridor des Präsidenten: Seine Stunde schlage in einer „Patt-Republik“, in der er Kanzlermacher sein könnte.

Im Anschluss analysierten die ehemaligen Spitzenbeamten Rüdiger Frohn (ehem. Chef des Bundespräsidialamtes), Wolfgang Nowak (ehem. Leiter der Abteilung „Politische Analysen und Grundsatzfragen“ im Bundeskanzleramt) und Dr. Gernot Fritz (ehem. Stv. Chef des Bundespräsidialamtes) das Verhältnis von Bundespräsident und Regierung. Der Bundespräsident habe vor allem eine Integrationsfunktion wahrzunehmen. Ein stärkeres Eingreifen in die Tagespolitik drohe das Amt überflüssig zu machen. C•A•P-Direktor Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld plädierte in seinem Statement dafür, die in Bezug auf den

Die hochrangig besuchte Tagung setzte sich mit aktuellen Fragen rund um die Wahl des Bundespräsidenten 2009 auseinander.



Bundespräsidenten oft bemühte Unterscheidung zwischen „Hard Power“ und „Soft Power“ aufzugeben. Stattdessen sei mit Blick auf die akteurspezifischen Führungsqualitäten treffender von „Smart Power“ zu sprechen.

Mit der Rolle von Parteien, Koalitionen und Medien bei der Bundespräsidentenwahl beschäftigten sich Dr. Timo Grunden (Universität Duisburg-Essen), Prof. Dr. Uwe Jun (Universität Trier), Prof. Dr. Lothar Probst (Universität Bremen), Prof. Dr. Gerd Mielke (Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg, Universität Mainz), Dr. Lutz Hachmeister (Direktor Institut für Medien- und Kommunikationspolitik, Berlin) und Tissy Bruns (Leiterin Parlamentsbüro „Der Tagesspiegel“). Sie diskutierten unter anderem die Frage, ob die Bundesversammlung zu einer Enttabuisierung der Linken beitrage.

Zum Abschluss widmeten sich Hartmut Koschyk (MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag), Prof. Dr. Gerd Langguth (Publizist/Universität Bonn) und Dr. Manuela Glaab (C•A•P) der Frage, inwiefern der Bundespräsident politischer Impulsgeber sein könne. Glaab betonte die Unterscheidung zwischen „executive“ und „public“ Leadership: Während der Bundespräsident im Entscheidungssystem primär Verhinderungsmacht besitze, könne er als öffentlicher Impulsgeber Gestaltungsmacht wahrnehmen. Der Einfluss der Medien auf die Rolle des Staatsoberhauptes wurde von den Teilnehmern kontrovers diskutiert. Einig waren sich die Experten darüber, dass in Bezug auf das Amt des Bundespräsidenten noch großer Forschungsbedarf besteht. Das nächste Jahr wird dazu sicherlich weitere Impulse und empirisches Anschauungsmaterial liefern.

Transformation Thinkers

Schon die Komposition ist außergewöhnlich: Junge Transformationsakteure aus 21 verschiedenen Entwicklungs- und Transformationsländern nehmen sich eine ganze Woche Zeit, um sich in der Berliner Dependence der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (gtz) über gelebte Erfahrungen und Reformstrategien auszutauschen. Die „Transformation Thinkers“ tagen.

Ausgangspunkt dieser Konferenz waren zunächst die Analysen und Ergebnisse des am Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung erarbeiteten Transformation Index 2008 (BTI). Doch schnell ergänzen die Teilnehmer die externen Einschätzungen der Reformpolitik durch ihre eigenen Herausforderungen: Als Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen (NGO) oder Parteien, als Wissenschaftler oder Praktiker in der Entwicklungszusammenarbeit treibt sie die Frage um, wie man politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen weiter vorantreiben kann.

Die Voraussetzungen dabei könnten unterschiedlicher kaum sein: Während einige Teilnehmer ein ernüchterndes Bild über die Situation in ihrem Land zeichnen, vom Kasten-System in Indien bis zu harten Autokratien, von der Rolle der Opposition in Belarus bis zu den sich verschärfenden Umweltproblemen in China, vermögen andere aus erster Hand zu berichten, wie sie die Menschen für ihre Anliegen gewinnen konnten. Allen gemeinsam ist die Authentizität: Reform Erfahrungen aus aller Welt werden aus erster Hand geteilt; etliche Teilnehmer arbeiten an und in spezifischen Projekten, ohne das Ganze aus dem Auge zu verlieren; alle wollen die Gesellschaften in ihrem Land durch ihren persönlichen Einsatz voranbringen.

Weil auch eine ganze Woche kaum ausreicht, um sämtliche Aspekte von Reformpolitik zu behandeln, ist das Programm dichter als gewohnt: Arbeitsgruppen solcher, die an ähnlichen Problemstellungen arbeiten, finden sich zusammen; über kulturelle Voraussetzungen von Demokratie wird gesprochen; professionelle Impulsgeber vermitteln einen Eindruck, wie man Reformprojekte nicht nur inhaltlich voranbringen, sondern auch „verkaufen“ kann; Renate Künast berichtet eindrucksvoll über ihren ganz persönlichen Weg von der Bürgerbewegung bis in die Regierung. In einem Planspiel wird das häufig von komplizierten Wahrnehmungen geprägte Verhältnis von armen und reichen Staaten simuliert; und immer wieder gibt es Gelegenheiten zur Selbstorganisation der Teilnehmer, um sich über gelungene oder gar beste Lösungen für Probleme in ihren Ländern auszutauschen.

Am Ende der Woche schließlich: Begeisterung für das innovative Format, eine Reihe von eindrucksvollen Impressionen und Lernerfahrungen, aber auch Erschöpfung nach sechs fordernden Tagen, die von frühmorgens bis spät in die Nacht fast pausenlos vom Austausch geprägt waren.

Die Veranstalter, Bertelsmann Stiftung und gtz, haben die „Transformation Thinkers“ bereits zum fünften Mal durchgeführt und diese einmalige Art des Erfahrungsaustausches längst zu einem Flaggschiff ihrer Arbeit gemacht. Die jungen Reformakteure bringen neben ihrer Energie neue Ideen mit, die in die Transformationsarbeit der Projektpartner einfließen. Sie verlassen die ehemalige Mauerstadt mit vielen Erlebnissen sowie dem Wunsch, den Gedankenaustausch auch nach ihrer Rückkehr fortzusetzen. Bleibt zu hoffen, dass ihre Energie das wachsende Netzwerk der Transformationsakteure beflügelt.



Couragiert für den Wandel: Die Transformation Thinkers 2008.

Migration und Integration

Gelungene Integration, besonders von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte, ist eines der erklärten Ziele der Bildungsangebote, die die Forschungsgruppe Jugend und Europa im Auftrag des Bundesministeriums für Frauen, Familie, Senioren und Jugend im Projekt „Europa im Wandel“ kontinuierlich entwickelt und in verschiedene Praxisfelder transferiert. So beim „Transatlantic Forum on Migration and Integration“ - ein Format des German Marshall Fund of

the United States in Kooperation mit der Robert-Bosch-Stiftung, um führende Nachwuchspersonlichkeiten aus Herkunfts- und Aufnahmeländern der Migration einmal im Jahr in einen konstruktiven Dialog über die Zuwanderungspolitik zu bringen. Der Auftakt fand 2008 in Schloss Pommersfelden bei Nürnberg mit 60 verschiedenen Verantwortlichen aus Medien, Politik und Gesellschaft statt. Vertreter 20 verschiedener Nationen diskutierten intensiv über die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Implikationen von Migration vor dem Hintergrund ihrer eigenen kulturellen Herkunft.

Neben Vorträgen und Workshops wurden die Teilnehmenden auch dazu eingeladen, im Rahmen der von der Forschungsgruppe Jugend und Europa entwickelten Simulation „Babylon in our city“, die Frage nach der lokalen Ausgestaltung der Integrationspolitik in Deutschland zu reflektieren. Dadurch

gelingt es bei entsprechender fachlicher Begleitung einen nachhaltigen, interkulturellen Lernprozess anzustoßen, wobei in relativ kurzer Zeit die unterschiedlichsten Blickwinkel weitreichend sichtbar werden und darüber ein Austausch auf Augenhöhe initiiert werden kann.

Die Publikation der Simulation „Babylon in our city“ ist derzeit in Vorbereitung und kann per Mail an feldmann@fgje.de angefordert werden.



Über gelungene Integration von Menschen mit Migrationshintergrund diskutierten die Teilnehmer aus mehr als 20 Ländern beim „Transatlantic Forum on Migration and Integration“.

Brücken bauen in Europa

Wie lässt sich jungen Menschen über Grenzen hinweg lebensnah Europa-kompetenz vermitteln? Ausgehend von dieser Frage hat die Forschungsgruppe Jugend und Europa für das Goethe Institut einen Pilotworkshop zur interkulturellen europapolitischen Bildung konzipiert. Ausgangspunkt hierzu waren die Feierlichkeiten zum 850. Geburtstag Münchens, welche unter dem Motto „Brücken bauen“ standen, mit dem Ziel, Deutsche, Franzosen und Ukrainer – 30 Jugendliche aus München und Partnerstädten – für Europa und das politische System der Europäischen Union zu interessieren und ihnen Möglichkeiten der Mitwirkung aufzuzeigen. Das Konzept schließt einen direkten Dialog mit der Politik ein: Abschließend diskutierte die Gruppe mit dem Europa-Abgeordneten Bernd Posselt über die Zukunftsgestaltung und das Demokratiedefizit in der EU.

Mit Blick auf die anstehenden Wahlen im Juni 2009 steht bei dem Workshop Modell die Beschäftigung mit dem Europäischen Parlament im Mittelpunkt. Übergeordnet beschäftigen sich die Teilnehmenden zudem mit der europäischen Identität und der europäischen Geschichte. Seinem Motto gemäß nimmt der Workshop auch die Frage ins Blickfeld, inwieweit Institutionen wie das Europäische Parlament eine notwendige Voraussetzung dafür sind, dass konstruktiv „Brücken in Europa“ gebaut werden können.

Bei der Konzeptentwicklung ist es für die Forschungsgruppe Jugend und Europa entsprechend des Kooperationsauftrags des Bundesministeriums für Frauen, Senioren, Familie und Jugend ein grundsätzliches methodisches Anliegen, junge Menschen nachhaltig dazu zu motivieren, einen eigenen Standpunkt zu Europa und der Europäischen Union zu entwickeln. Dies ist eine prinzipielle Voraussetzung für die aktive Mitwirkung junger Menschen in Gesellschaft und Politik.

Das Workshop-Modell „Brücken bauen in Europa“ steht ab Januar 2009 für die Jugend- und Bildungsarbeit bereit.

Evaluation politischer Bildung

Neben den vielfältigen Angeboten zur Aus- und Weiterbildung in den Bereichen Konflikt- und Diversity-Management sind die Aufträge zur Evaluation und qualitätssichernden Begleitung von Projekten und Programmen anderer Anbieter zu einem wichtigen Bestandteil der Arbeit der Akademie Führung & Kompetenz geworden.

Dabei findet die von Susanne Ulrich und Florian Wenzel entwickelte „Partizipative Evaluation“ breiten Anklang. So wurde im Oktober 2008 die Evaluation einer neuen Führungs-Nachwuchskräfte-Schulung der VHS Freising mit einem umfangreichen Gutachten abgeschlossen. Derzeit werden außerdem die „Integrationsworkshops für Kommunen“ der Bertelsmann Stiftung sowie das Projekt „Gedenkstättenpädagogik und Gegenwartsbezug“ des Jugendgästehauses Dachau von der Akademie Führung & Kompetenz untersucht.

Evaluation ist häufig die erste systematische Reflexionsmöglichkeit von Zielen, Konzepten und Erfolgskriterien für die eigene Arbeit. Aufgrund ihres Prozesscharakters und der langfristig angelegten Wirkung können Qualität und Erfolge von Maßnahmen der politischen Bildung jedoch nicht in gleicher Weise gemessen werden wie die der naturwissenschaftlichen Forschung – denn wie sollte man quantitativ messen, ob eine Person nach einem Seminar toleranter ist als vor dem Seminar?

Daher war hier ein spezielles Evaluationskonzept nötig. Evaluation politischer Bildung kann sich weniger an einer vermeintlich neutralen „Wahrheit“ über Wirkungen orientieren, sondern muss aus möglichst vielen Perspektiven das fördern, was als hilfreich und nutzbringend für die Beteiligten und Betroffenen und für die Zukunft der Gesellschaft gesehen wird. Bei der „Partizipativen Evaluation“ werden daher von Anfang an, schon bei der Gestaltung der Evaluationsfragen, alle Beteiligten und Betroffenen einer Maßnahme (die „Stakeholder“) in den Evaluationsprozess mit einbezogen. So können anwendungsorientierte und valide Ergebnisse erzielt werden. Ein weiteres Element der „Partizipativen Evaluation“ ist die wertschätzende Perspektive, die vor allem an den Potenzialen von Menschen und Systemen ansetzt und so die Beteiligten schon im Verlauf des Evaluationsprozesses zu stetiger Weiterentwicklung motiviert. Am Ende der „Partizipativen Evaluation“ stehen nicht Daten und Fakten ohne Kontext, sondern eine wertbasierte und umfassende Perspektive aller Beteiligten auf ein Projekt, eine Organisation oder ein Programm.

Die qualitätssichernde Begleitung eines Projekts durch die Akademie Führung & Kompetenz beginnt daher mit einem so genannten „Stakeholderworkshop“, bei dem Vertreter aller beteiligten Gruppierungen zusammen kommen, sich über Ziele und Erfolgskriterien des Projekts verständigen und dabei ihre verschiedenen Perspektiven einbringen. Erst danach wird ein passendes Evaluationsdesign für das Projekt entwickelt.

Ein solcher „Stakeholderworkshop“ fand im August 2008 für das Programm „Integrationsworkshops für Kommunen“ der Bertelsmann Stiftung statt. Die Stakeholder im Projekt „Gedenkstättenpädagogik und Gegenwartsbezug“ trafen sich Anfang Dezember 2008. In Planung ist außerdem die Qualitätssicherung für das Zentrum Polis in Wien, im Auftrag des österreichischen Unterrichtsministeriums. Weitere Informationen gibt es auf den Internetseiten der Akademie Führung & Kompetenz unter www.cap-akademie.de.



„Partizipative Evaluation“: Die Akademie Führung und Kompetenz evaluiert mit allen Beteiligten eines Programmes oder Projektes die Stärken und Schwächen.

Die Europäische Union



WERNER WEIDENFELD (HRSG):
Die Europäische Union, Politisches
System und Politikbereiche. Bonn
2008, Bundeszentrale für politische
Bildung, 832 Seiten

Bis heute ist die EU ein beispielloses Modell regionaler Integration. Nach Jahrhunderten leidvoller Erfahrung kriegerischer Gegnerschaften hatten die Völker des Kontinents gleichsam den inneren Hebel komplett umgelegt. Die erreichte Dichte der europäischen Integration wirft heute aber mehr und mehr die Frage nach der Finalität des europäischen Integrationsprozesses auf. So hat die EU 2004 die größte Erweiterungsrunde ihrer Geschichte vollzogen. Von Anfang an hatte die Einigung Europas stets mehr im Sinn als die reine Maximierung des Nutzens einzelner Mitglieder: Sie wollte wirtschaftlichen Aufschwung und politische Stabilität mit Strukturen des Ausgleichs der Interessen aller Mitglieder verbinden. Der von Werner Weidenfeld herausgegebene Band „Die Europäische Union“ zieht eine Bilanz der Integrationsschritte der letzten Jahrzehnte und gibt einen Überblick der Akteure und Probleme, die Europas nahe Zukunft prägen werden. Dabei werden insbesondere die Vielfalt und besondere Art des europäischen Zusammenlebens dargestellt. Hervorgehoben werden in dieser aktualisierten Auflage die neuen Mitgliedstaaten und die Erweiterung sowie die Zukunft des Verfassungsvertrags und die Strategiedebatte.



UWE WAGSCHAL (HRSG):
Deutschland zwischen Reformstau
und Veränderung. Münchner
Beiträge zur politischen
Systemforschung, Band 4. Baden-
Baden 2008, ISBN 978-3-8329-
3638-9, 230 Seiten, 39 Euro

Reformstau und Veränderung

Wie fällt die Bilanz der Reformen in der Bundesrepublik seit der Deutschen Einheit aus? Der vierte Band der Münchner Beiträge zur Systemforschung, herausgegeben von Uwe Wagschal, zieht zunächst eine Zustandsbilanz zu Beginn der 1990er Jahre und untersucht auf Basis von empirischen Indikatoren und Untersuchungen die tatsächlichen Veränderungen und Reformleistungen auf den wichtigsten Politik- und Handlungsfeldern (zum Beispiel Arbeits- und Gütermärkte, Steuer- und Haushaltspolitik, Renten-, Gesundheits- und Bildungspolitik). Dabei wird die Reformtätigkeit Deutschlands international vergleichend evaluiert und verortet. Im Gegensatz zu zahlreichen normativ gefärbten Schriften, in denen „Master- und Rettungspläne“ für Deutschland entwickelt werden bzw. von „Reformlügen“ gesprochen wird, verfolgt diese Untersuchung eine nüchterne Analyse, die auf Kriterien und empirischem Material basiert. Dabei wird auch die Frage aufgeworfen, welche politisch-institutionellen Faktoren für die Variation der Reformtätigkeit im internationalen Vergleich identifiziert werden können. Die Suche nach den Faktoren für erfolgreiche Reformen bildet daher den zweiten Schwerpunkt der Studie.



FORSCHUNGSGRUPPE JUGEND UND EUROPA:
Der strukturierte Dialog mit
der Jugend – quo vadis? Eine
Tagungsdokumentation. München
2008, ISBN 3-933456-43-6, 59
Seiten, Download unter [www.
cap-lmu.de/publikationen/2008/
strukturierte-dialog.php](http://www.cap-lmu.de/publikationen/2008/strukturierte-dialog.php)

Strukturierter Dialog

Mit dem 2001 veröffentlichten Weißbuch der Kommission mit dem Titel „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ rückte die Partizipation junger Menschen in Europa verstärkt in den Mittelpunkt. So wurde auch Ende 2006 als neues Instrument ein „Strukturierter Dialog mit der Jugend“ ins Leben gerufen. Ziel dabei ist es, die Jugendpartizipation in den Mitgliedsstaaten nachhaltig zu intensivieren und junge Menschen aktiv in die Debatten über die Gestaltung der europäischen Jugendpolitik einzubeziehen. Vor diesem Hintergrund fand im Februar 2008 ein Runder Tisch zum Strukturierten Dialog in München statt. Rund 40 Multiplikatoren der Jugend- und Bildungsarbeit, aus Politik und dem Medienbereich diskutierten gemeinsam über den Stand und die Perspektiven der aktuellen EU-Jugendpolitik. Die Veranstaltung wurde von der Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung inhaltlich konzipiert und in Kooperation mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt. In der vorliegenden Publikation werden die inhaltlichen Beiträge und Ergebnisse des Runden Tisches dokumentiert und eine handlungsorientierte erste Bilanz gezogen.

Jahrbuch der Europäischen Integration 2008

Das „Jahrbuch der Europäischen Integration“ des Instituts für Europäische Politik (Berlin) dokumentiert und bilanziert seit 1980 zeitnah und detailliert den europäischen Integrationsprozess. Entstanden ist eine einzigartige Dokumentation der europäischen Zeitgeschichte. Das „Jahrbuch der Europäischen Integration 2008“ führt diese Tradition fort. Themenschwerpunkte bilden der Vertrag von Lissabon und die Debatte über die Zukunft der EU. In über 70 Beiträgen zeichnen die Autoren in ihren jeweiligen Forschungsschwerpunkten die europapolitischen Ereignisse des Berichtszeitraums 2007/2008 nach und informieren über die Arbeit der europäischen Institutionen, die Entwicklung der einzelnen Politikbereiche der EU, die Europapolitik in den Mitgliedsstaaten und potenziellen Beitrittskandidaten sowie Europas Rolle in der Welt. So offenbaren sich im Kapitel des Jahrbuchs zu den Institutionen der EU die Konsequenzen eines Aufschubs der im Vertrag von Lissabon vorgesehenen institutionellen Reformen. Von einem Scheitern wären nicht nur die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments, die Einführung des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens oder des gewählten Präsidenten des Europäischen Rates betroffen. Entsprechend sind zwei zentrale Ereignisse der kommenden Monate die Europawahlen Anfang Juni und die Bestellung einer neuen Kommission bis November 2009, bereits in diesem Jahrbuch spürbar. Kontinuität in Ansatz und Struktur haben aus dem Jahrbuch seit der ersten Ausgabe 1980 eine einzigartige Dokumentation der europäischen Zeitgeschichte gemacht. Hier liegt neben der Tagesaktualität die besondere Stärke des Jahrbuchs, das für alle, die in Politik, Wissenschaft und Publizistik mit europäischen Themen arbeiten, zum unverzichtbaren Standardwerk geworden ist. Das „Jahrbuch der Europäischen Integration“ wird vom Auswärtigen Amt gefördert und ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik Berlin, das in Kooperation mit dem C•A•P und dem Jean Monnet Lehrstuhl für Politische Wissenschaft an der Universität Köln verwirklicht wird.



WERNER WEIDENFELD/
WOLFGANG WESSELS (HRSG.):
Jahrbuch der europäischen
Integration 2008. Baden-Baden
2009, ISBN 978-3-8329-4162-8.
49 Euro

Neue Perspektiven

Das Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) hat eine neue Publikationsreihe auf den Markt gebracht: die C•A•P Perspectives. Die Experten des C•A•P greifen aktuelle Entwicklungen und Probleme der internationalen Politik auf, die Europa und die EU unmittelbar betreffen. Ziel ist es, kurze und präzise Analysen und klare Politikempfehlungen abzugeben. Die Zielgruppe der C•A•P Perspectives sind Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft sowie die Medien. Jährlich sind acht bis zehn Ausgaben geplant, die als Download auf der Website des C•A•P (www.cap-lmu.de) bereitgestellt werden. Ebenso werden sie auf Wunsch als Abonnement per E-Mail zugestellt (E-Mail mit „Subscribe CAPerspectives“ an CAPerspectives@cap-lmu.de). Die erste Ausgabe beschäftigt sich mit der laufenden Debatte um die Zukunft der European Security Strategy. Thomas Bauer und Florian Baumann argumentieren, dass die EU endlich eine Konzeption mit eindeutigen Prioritäten braucht, wenn sie global als zuverlässig wahrgenommen werden will. In der zweiten Ausgabe beschreibt Thomas Bauer die Notwendigkeiten für eine gute Zukunft der transatlantischen Beziehungen. Dabei geht es nicht nur um den neuen US-Präsidenten, sondern auch und vor allem um das Auftreten der Europäer und deren Bereitschaft eine gemeinsame Agenda mit den USA abzuarbeiten. Die dritte Ausgabe der C•A•P Perspectives beschäftigt sich mit dem angespannten Verhältnis zwischen Russland und der Europäischen Union. Mirela Isic und Sebastian Schäffler plädieren dabei für eine neue Partnerschafts-Übereinkunft. Gerade nach Belastungen wie den kriegerischen Auseinandersetzungen in Georgien sollten Russland wie auch der Westen die Chance nutzen, einen neuen Rahmen für die Zusammenarbeit zu finden.



CENTRUM FÜR ANGEWANDTE
POLITIKFORSCHUNG (HRSG.):
CAPerspectives. Download unter
www.cap-lmu.de

Neue Impulse für die EU im Zeichen der Krise?

von Sarah Seeger

12. – 13. Februar, München:
Workshop: Kennt die Wahl-
forschung noch den Wähler?
Methoden und Befunde. Eine
Kooperationsveranstaltung der
Forschungsgruppe Deutschland
am Centrum für angewandte
Politikforschung, Hanns-Seidel-
Stiftung und Konrad-Adenauer-
Stiftung.

31. März – 1. April, Tutzing:
Netzwerkforum 2009:
Eine Kooperation der Akademie
Führung & Kompetenz mit der
evangelischen Akademie Tutzing
und dem Netzwerk Politische
Bildung in Bayern.

16.–17. April, Paris:
Editors' Roundtable:
In Zusammenarbeit mit "Le Monde
Diplomatique" trifft sich erneut
das vom Centrum für angewandte
Politikforschung initiierte Netzwerk
von Herausgebern der wichtigsten
amerikanischen und europäischen
Zeitungen für Außenpolitik. Die
Konferenz ist Teil des Projekts
"Improving Responsiveness" und
wird vom German Marshall Fund
of the United States gefördert.

C.A.PANORAMA

erscheint zwei bis drei Mal jährlich und
wird herausgegeben vom

Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P.)
Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld
Maria-Theresia-Straße 21
81675 München
Tel.: 089/2180-1300, Fax: 089/2180-1329
E-Mail: cap.office@lrz.uni-muenchen.de
www.cap-lmu.de
Vi.S.d.P. und Chefredaktion: Jürgen Turek
Redaktion und Layout: Sebastian B. Beck
Schlussredaktion: Eva Feldmann, Olaf Hillenbrand,
Matthias Chardon, Sebastian B. Beck
Druck: J. Gotteswinter, Joseph-Dollinger-Bogen 22,
80807 München

Nachdem sich die Europäische Union vor dem Hintergrund der Probleme bei der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon sowie der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise jüngst zögerlich und unentschlossen gezeigt hatte, fielen auf dem EU-Gipfel im Dezember einige wegweisende Entscheidungen für die Zukunft der Union.

Der Zeitplan für ein zweites irisches Referendum zum Vertrag von Lissabon nimmt Konturen an. Die Regierung in Dublin gestand zu, die Ratifizierung des neuen EU-Primärrechts bis zum Ende der Amtszeit der derzeitigen Kommission im Herbst 2009 abzuschließen. Im Gegenzug geht die EU auf die Bedenken ein, die die irischen Bürger mit ihrem Nein im vergangenen Juni artikuliert hatten. Dazu gehört, dass auch künftig jedes Mitgliedsland einen Kommissar stellen wird. Mit Blick auf die Finanz- und Wirtschaftskrise beschlossen die Staats- und Regierungschefs ein europäisches Konjunkturprogramm, das einen kohärenten Rahmen für die Maßnahmen der europäischen und der nationalen Ebene vorgibt. Dass die monetäre Abstimmung in der Eurogruppe durch eine fiskalische Koordinierung, etwa in Form einer europäischen Wirtschaftsregierung, ergänzt werden soll, wird intensiv diskutiert.

In der Energie- und Klimapolitik konnte ein entscheidender Durchbruch bei der Festlegung verbindlicher Vorgaben für die Erreichung der von den Mitglieds-

„Auf dem EU-Gipfel fielen wegweisende Entscheidungen für die Zukunft der Union.“

staaten im März 2007 erarbeiteten Ziele erreicht werden. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik soll einen neuen Impuls erhalten. Dazu sollen die zivilen und militärischen Fähigkeiten der EU ausgeweitet werden, um gleichzeitig verschiedene Operationen durchführen zu können.

All dies vermittelt den Eindruck, die europäische Dimension werde im Zeichen der Krise gestärkt. Auf der anderen Seite deutet jedoch auch manches auf eine Re-Nationalisierung europäischer Politik hin. Die Staatsfonds, die Sarkozy im vergangenen Herbst zum Schutz nationaler Champions ins Spiel brachte, sind eben keine gesamteuropäische Antwort auf die Krise, sondern sollen von den nationalen Regierungen zum Schutz nationaler Industrien gebildet werden. Das europäische Konjunkturprogramm setzt sich überwiegend aus nationalen, teils stark voneinander abweichenden Maßnahmen der Mitgliedstaaten zusammen. Dieses Spannungsverhältnis muss die EU nicht erst seit der aktuellen Krise aushalten.

In welchem Grade eine Vergemeinschaftung staatlicher Kompetenzen stattfinden soll, wird seit Beginn der europäischen Integration debattiert, ohne dass die Mitgliedstaaten darauf jemals eine Antwort gegeben hätten. In der jetzigen Problemlage erlangen diese Überlegungen jedoch eine ungewöhnliche Schärfe, da die Lösungsvorschläge unmittelbar Antwort geben auf die Frage, welchen Leitbildern die Europäische Union folgt und welche politische Gestalt sie künftig annehmen soll. Das tatsächliche Handeln der EU-Mitgliedstaaten im Zeichen der Krise wird darüber möglicherweise konkreter Aufschluss geben als der künftige Status des Vertrags von Lissabon.



Die Autorin ist Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Europa.

sarah.seeger@lrz.uni-muenchen.de